

## ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

## WESTEUROPA

(1) **Maoistische Partei in Spanien**

Am 1. Juli vereinigten sich die "Revolutionäre Organisation der Werktätigen Spaniens" und die "Partei der Arbeit Spaniens" zur "Spanischen Arbeiterpartei", wählte ein ZK aus neunzig Mitgliedern und zehn Kandidaten und nahm ein Statut an, in dem der Marxismus-Leninismus sowie die Mao-Zedong-Ideen als Leitlinie anerkannt werden. Man wolle auch der Drei-Welten-Theorie folgen und gegen den Hegemonismus kämpfen (BRu 1979, Nr.28, S.30).

- we -

## SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(2) **China - Sowjetunion: Trotz des neuerlichen Grenzzwischenfalls sollen im September bilaterale Normalisierungsverhandlungen beginnen**

1. Seit Peking am 3 April 1979 den im Februar 1950 mit Moskau geschlossenen Freundschaftsvertrag gekündigt, zugleich aber das Angebot zu neuen Verhandlungen unterbreitet hatte (C.a., April 1979, Ü 2), waren die beiderseitigen Bemühungen um das Zustandekommen eines solchen Dialogs nicht mehr abgerissen (zum Verlauf der gegenseitigen Kontaktnahme vgl. C.a., Mai 1979, Ü 5).

Am 26. Juli bestätigte ein Sprecher des sowjetischen Außenministeriums in Moskau gegenüber dem FAZ-Korrespondenten (FAZ, 27.7.79), daß die Sowjetunion und China im September Normalisierungsverhandlungen beginnen werden. Einzelheiten über Ort, Teilnehmer und Themenliste wurden allerdings nicht bekanntgegeben.

Die sowjetischen Angaben wurden von Hua Guofeng im Tätigkeitsbericht anlässlich der 2. Tagung des V. NVK (Rede vom 18.6.79) bestätigt. Wörtlich: "Während wir verkündeten, daß wir den nur noch dem Namen nach existierenden chinesisch-sowjetischen Vertrag über Freundschaft, Bündnis und gegenseitigen Beistand nicht verlängern werden, nachdem er abgelaufen ist, machten wir gleichzeitig den Vorschlag, Verhandlungen aufzunehmen, mit dem Ziel, zwischen beiden Ländern bestehende Probleme zu lösen und die bilateralen Beziehungen zu verbessern... Die sowjetische Regierung hat sich nun einverstanden erklärt, Verhandlungen aufzunehmen, und sie hat sogar ihre Bereitschaft kundgetan, das antihegemonistische Prinzip in den Rahmen der Verhandlungen einzubeziehen... Ob einer allerdings wirklich den Hegemonismus bekämpft, kann nur nach seinen Taten beurteilt werden... Ob die chinesisch-sowjetischen Verhandlungen

gen Aussicht auf Erfolg haben, hängt davon ab, ob sich der Standpunkt der sowjetischen Regierung wesentlich verändern wird" (abgedruckt in BRu 1979, Nr.27, S.34).

Allgemeines Ziel der Verhandlungen muß es also sein, die Normalisierung des bilateralen Verhältnisses herbeizuführen. Worin freilich kann eine solche Lösung bestehen? Offensichtlich kann es nicht zur Normalisierung auf Partei-, sondern nur auf Staatsebene kommen. Wie steht es ferner mit der Volksdiplomatie? Soll die gegenseitige Polemik eingestellt werden? Und wie steht es mit der Grenzproblematik, die ja die heikelsten Punkte umfaßt. Hier halten die Chinesen immer noch an ihren Bedingungen von 1969 fest: China verlangt zwar nicht die Rückgabe der an das zaristische Rußland verlorengegangenen 1,5 Mio.qkm, wohl aber fordert es, daß Moskau die "Ungleichheit" dieser Verträge anerkennt, daß die alten ungleichen Verträge durch neue Verträge ersetzt werden müssen und daß sämtliche Territorien, die unter Verletzung der damaligen Verträge besetzt wurden, an China zurückgegeben werden müssen.

Im Anschluß an das Pekingener Flughafengespräch zwischen Zhou Enlai und Kossygin im September 1969 übermittelten die Chinesen den Sowjets den Entwurf eines "provisorischen Abkommens", das "bis zur umfassenden Lösung der chinesisch-sowjetischen Grenzfrage" geschlossen werden sollte, und das drei Forderungen enthält:

- Aufrechterhaltung des Status quo an der Grenze,
- Vermeidung bewaffneter Zusammenstöße und
- Rückzug der Streitkräfte beider Seiten aus den "umstrittenen Gebieten", zu denen nach chinesischer Vorstellung vor allem der Pamir-Streifen (rund 20.000 qkm) und der Insel-Komplex in den Flüssen Amur und Ussuri (rund 1.000 qkm) gehören.

Alles in allem belaufen sich die chinesischen Gebietsforderungen auf maximal 35.000 qkm, also rund 0,16% der Gesamtfläche der Sowjetunion (in diesem Zusammenhang ist auf die beiden hervorragenden Darstellungen von Dieter Heinzig, "Der sowjetisch-chinesische Grenzkonflikt, Ursachen - Ablauf - Perspektiven", Heft 17/1979 der Berichte des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien sowie auf Michael Strupp, "Chinas Grenzen mit Birma und mit der Sowjetunion, völkerrechtliche Theorie und Praxis der Volksrepublik China" in Band 93 der Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg, Hamburg 1978, zu verweisen). Die Formulierung "umstrittene Grenzgebiete" ist für die sowjetische Seite, die einen solchen Terminus überhaupt nicht kennen will, stets ein rotes Tuch. Sollten die Chinesen hier "Vorbedingungen" stellen, so wären die Gespräche abermals zum Scheitern verurteilt. Frage: Wird Peking diesmal wirklich so weit gehen, die Behandlung des Territorialkomplexes beiseite zu lassen?

Für Verhandlungen blieben freilich auch - unabhängig von der Grenzfrage - noch zahlreiche Gegen-



stände übrig. So hat die Sowjetunion z.B. entlang der chinesischen Grenze nach westlichen Schätzungen 44 Divisionen, darunter 6 Panzerdivisionen, stehen, denen rund die Hälfte der 131 chinesischen Divisionen gegenübersteht. Möglicherweise lassen sich hier Arrangements für einen Rückzug treffen. Andererseits haben sich beide Kontrahenten in der Indochina-Frage seit Monaten so nachdrücklich in ihren Positionen versteift, daß hier wohl kaum Kompromisse zu erwarten sind. Was den Handelsaustausch anbelangt, der auch in den düstersten Zeiten funktioniert hat, könnten im Zeichen der "Auffrischung" veralteter chinesischer Anlagen, die noch aus der Zeit der sino-sowjetischen Zusammenarbeit stammen, erweiterte Zulieferungsabmachungen getroffen werden. Ob der Kulturaustausch erweitert werden kann, ist angesichts der gegenwärtigen Verfeindung beider Seiten zweifelhaft. Mit der Entsendung von Ballett- oder Peking-Oper-Truppen allein ist es ja noch nicht getan. Vor allem ist die chinesische Seite hier an Technologie- und Wissenschaftsaustausch interessiert. Hier aber werden die Sowjets wohl kaum zu substantiellen Zugeständnissen bereit sein.

Letztlich aber geht es um die Schaffung eines Entspannungsklimas. China erwartet hier nur Erfolge, wenn die Sowjetunion vom "Antihegemonismus" abrückt, wie Hua Guofeng es ausgedrückt hat. Ebenso schwammig nehmen sich die sowjetischen Vorstellungen aus, die von einem Kommentator der Zeitschrift *Nowosti* (BPA/Ostinfo, 30.7.79) folgendermaßen zusammengefaßt werden: "Ein ernsthafter und positiver sowjetisch-chinesischer Dialog würde den Interessen der Weiterentwicklung des Entspannungsprozesses einen umfassenden Charakter verleihen... In der Sowjetunion ist das Volk überzeugt, daß eine Gesundung des politischen Klimas in den Beziehungen mit China und eine positive Gestaltung dieser Beziehungen nur jenen Kräften der heutigen Welt nicht passen kann, die auf Spannung und Streit setzen, gegen die Entspannung auftreten und den Militarismus schüren... Beiderseits geht man wohl von der Erkenntnis aus, daß man nicht schießt, wenn man miteinander redet."

2. Trotz dieser Erkenntnis ist es aber am 16. Juli wieder zu einem schweren Grenzzwischenfall gekommen, bei dem ein Chinese getötet und ein weiterer verletzt und sodann von sowjetischen Grenzsoldaten mitgenommen wurde.

Am 24. Juli sandte das chinesische Außenministerium eine scharfe Protestnote und beschuldigte die sowjetische Seite, im Kreise Tacheng in der Autonomen Region Xinjiang einen Hinterhalt gelegt zu haben (XNA, 24.7.79).

Das Außenministerium der Sowjetunion überreichte am 26. Juli eine Gegendarstellung und behauptete, daß der Vorfall nicht auf chinesischem, sondern auf sowjetischem Territorium stattgefunden habe: Vier bewaffnete chinesische Soldaten seien bis zu einem Kilometer Tiefe in sowjetisches Territorium eingedrungen, wobei die örtlichen Grenzstreifen Verteidigungsmaßnahmen ergriffen hätten (nach Radio Moskau, BPA/Ostinfo, 27.7.79).

Gleichwohl scheint es, als habe der zentralasiatische Zwischenfall die angestrebten Normalisierungsgespräche nicht gestört.

3. Die beiderseitige Polemik ging ungeachtet dessen weiter. Hauptthemen waren diesmal

- die "niederträchtige" Haltung der Sowjetunion in

der Frage des vietnamesischen Flüchtlingsproblems (RMRB, 18.7.79).

- der Aufbau der sowjetischen Seemacht im Pazifik (die sowjetische Pazifik-Flotte umfasse nunmehr 755 Kriegsschiffe mit einer Gesamttonnage von 1,3 Mio.t, 350 Flugzeuge und einen Mannschaftsbestand von 130.000 Mann; damit sei die Pazifik-Flotte nach der Nordflotte die zweitgrößte Einheit der Sowjetunion (XNA, 8.7.79)).

- die sowjetische Iran- und Afghanistan-Politik (XNA, 20.7.79),

- der Aufbau einer sowjetischen Luftbasis in Süd-jemen (XNA, 20.7.79),

- SALT/II (XNA, 16.7.79)

- und die Wiener Abrüstungsgespräche (XNA, 21.7.79).

China sieht auch, wie sein bester Verbündeter in Osteuropa, Rumänien, von der Sowjetunion angegriffen wird, so z.B. beim Treffen der für Ideologie- und internationale Verbindungen zuständigen Parteisekretäre des ZK von elf Kommunistischen Parteien des Ostblocks sowie von Kuba, Vietnam, der Mongolei und Laos. Die Bukarester Delegation weigerte sich bei dem Ostberliner Treffen Anfang Juli, die "hegemonistische Großmachtspolitik Pekings" zu verurteilen.

- we -

## ASIEN

### (3) Ende der chinesischen Unterstützung für die birmanische Weiße Flagge?

Am 9. Juli traf der birmanische Ministerpräsident U Maung Maung Kha zu einem Besuch ein und wurde bereits auf dem Flughafen von Ministerpräsident Hua Guofeng sowie den beiden Außenministern Huang Hua (Staat) und Geng Biao (Partei) empfangen (XNA, 9.7.79). Er führte auch Gespräche mit Deng Xiaoping.

Was die Häufigkeit der gegenseitigen Besuche anbelangt, steht Birma mit an der Spitze der chinesischen Partner. RMRB (9.7.79) betonte, daß Ministerpräsident Zhou Enlai Birma neunmal und Präsident U Ne Win China insgesamt zehnmal besucht habe. Das Zeremoniell, das den Besuch einrahmte, wurde zwar ausführlich beschrieben (XNA, 10. und 11.7.79), und es wurde auch bekannt, daß am 12. Juli ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit geschlossen wurde (XNA, 12.7.79), doch über den Gesprächsinhalt hüllten sich die Kommunikationsmittel in Schweigen.

Die Gretchen-Frage Birmas gegenüber Peking lautet wie eh und je: Wie hältst Du es mit der Unterstützung der "Weißen Flagge", der KP Birmas? Peking ist jahrelang davon ausgegangen, daß es sich hier um eine Frage der Parteibeziehungen handle, die mit dem zwischenstaatlichen Verhältnis nichts zu tun habe - ein Diktum, das den Birmanen aus verständlichen Gründen nie so recht einleuchten wollte. Deng Xiaoping hatte sich bei seinem Besuch im Januar 1978 noch nicht dazu entschließen können, der birmanischen Regierung eine Abwendung vom bisherigen Kurs zuzusagen. Anfang März 1978 wurde bekannt, daß die Weiße Flagge einen Angriff gegen zwei Städte in Nordostbirma plante, dessen Ziel es sein sollte, eine Basis westlich des Salween-Flusses zu schaffen, von



dem aus dann Operationen in die Flußebene des Irrawaddy, das Herzstück des Staates, gestartet werden konnten. Es wurde auch bekannt, daß im Februar und März Weiße-Flagge-Streitkräfte in das Gebiet des sog. "Nordost-Kommando"-Areal entlang der Grenze zu China eingedrungen seien. Allerdings konnten die birmanischen Streitkräfte hier einen erfolgreichen Feldzug durchführen und töteten über 800 Rebellen.

Im Juni 1978 kam eine zehn Mann starke birmanische Militärdelegation unter Führung des Verteidigungsministers Kyaw Htin nach Peking, um vermutlich das Guerilla-Problem anzudiskutieren. Offensichtlich wurden hierbei Erfolge erzielt, wie das Hongkonger Magazin Asia Week (23.6.78, S.15: "A Breakthrough for Burma?") feststellte.

Ein solcher Wechsel Pekings in seiner Birmapolitik ist durchaus nicht unwahrscheinlich, da die chinesische Führung angesichts der steigenden Spannungen mit Vietnam versuchen mußte, sich mit den Regierungen der Region auf freundlichen Fuß zu stellen, also nicht nur das Verhältnis zu Bangkok und Kuala Lumpur, sondern auch zu Rangun neu zu überdenken.

Vor allem die ausführlichen Gespräche des birmanischen Ministerpräsidenten mit Geng Biao, dem Außenminister der chinesischen KP, am 11. Juli deuten darauf hin, daß auch die KPCh einen Rangunfreundlichen Kurs einzuschlagen beginnt.

- we -

#### (4) Besuch der Gattin des philippinischen Präsidenten in China

Imelda Romualdez Marcos, die Ehefrau des philippinischen Präsidenten Ferdinand Marcos, besuchte vom 6.-9. Juli die chinesische Hauptstadt und reiste dann in die Provinz weiter. Während ihres Pekinger Aufenthaltes wurde sie von der gesamten Führungsspitze, angefangen von Hua Guofeng (XNA, 7.7.79) über Li Xiannian (XNA, 7.7.79) und Deng Xiaoping (XNA, 8.7.79) bis hin zur Frau des verstorbenen Ministerpräsidenten Zhou Enlai, Deng Yingchao (XNA, 9.7.79), empfangen.

Angesichts der Vereinten-Fronten-Politik Chinas gegenüber Vietnam war es für die chinesische Führung wohlthuend, daß die philippinische Seite mit ihrer Kritik gegenüber der vietnamesischen Flüchtlingspolitik nicht zurückhielt.

Imelda Marcos hatte bereits im September 1974 die Volksrepublik besucht (Näheres dazu C.a., Oktober 1974, S.602-605) und dabei die Wege für den im Juli 1975 erfolgten Besuch des philippinischen Präsidenten gebahnt, in dessen Gefolge diplomatische Beziehungen zwischen Peking und Manila aufgenommen wurden. Das damals veröffentlichte Kommuniqué (abgedruckt in C.a., Juli 1975, S.366 ff.), das auch eine Antihegemonie-Klausel enthält und das den Grundsatz der Nichtzulassung einer Doppelstaatsangehörigkeit bei Huaqiao dekretiert, bildet auch heute noch die Grundlage zwischen beiden Staaten. Es hat bisher zur Zufriedenheit beider Seiten gewirkt. Die Unterstützung der philippinischen Neo-KP durch Peking (Näheres C.a., September 1973, S.521 ff.) ist für die philippinische Regierung heute kein Problem mehr, da die wichtigsten Repräsentanten dieser Bewegung, an ihrer Spitze Amado Guerrero, 1978 gefangen genommen wurden.

Am 8. Juli unterzeichneten Imelda Marcos und Li Xiannian vier Dokumente, nämlich ein langfristiges

Handelsabkommen, ein Kulturabkommen, ein Abkommen über zivilen Lufttransport und ein Verständnis-Memorandum über den kooperativen Bau von Touristen-Hotels. Das langfristige Handelsabkommen hat eine Gültigkeit von sieben Jahren bis Ende 1985 und soll sicherstellen, daß sich das beiderseitige Handelsvolumen in dieser Zeitspanne auf 2 Mrd.US\$ beläuft. Dem Abkommen über den zivilen Lufttransport zufolge soll eine direkte Luftlinie zwischen Peking und Manila eingerichtet werden (XNA, 8. und 9.7.79).

- we -

#### (5) Weitere chinesisch-thailändische Annäherung: Der kommunistische Sender "Stimme des Volkes von Thailand" hat höchstwahrscheinlich seine regierungsfeindlichen Sendungen eingestellt

Im Zeichen der gemeinsamen antivietnamesischen Front haben sich nicht nur die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte zwischen China und Thailand vervielfacht, sondern die KP Chinas scheint auch dazu übergegangen zu sein, die von ihr unterstützte KP Thailands zur Zurückhaltung gegenüber der Regierung in Bangkok zu ermahnen. U.a. hat die "Stimme des Volkes von Thailand", die bisher von der südchinesischen Provinz Yunnan aus Anti-Bangkok-Sendungen ausgestrahlt hat, ihren Dienst eingestellt (SWB, 13.7.79).

Auch sonst sind zahlreiche Freundschaftsgesten der Chinesen gegenüber den Thais zu verzeichnen. Am 21. Juli beispielsweise schenkte China der Stadt Bangkok drei Straßenkehrmaschinen - eine Meldung, die Xinhua immerhin eine halbe Seite wert war (XNA, 22.7.79). Am 20. Juli erhielt der thailändische Ministerpräsident von Peking 200.000 Yuan als Unterstützung für die Flüchtlinge (XNA, 21.7.79). Außerdem unterstützt Peking in seiner Propaganda die thailändischen Verteidigungsbemühungen gegenüber einem potentiellen vietnamesischen Angriff. Nach Xinhua (XNA, 23.6.79) sollen beispielsweise 13.000 vietnamesische Soldaten, darunter eine Infanteriedivision, ein Artillerieregiment und ein Panzerregiment, in die Gebiete nahe der thailändischen Grenze eingerückt sein. Die Situation entlang der thai-kampucheanischen Grenze gleicht einem Pulverfaß. Xinhua (XNA, 21.6.79) weist darauf hin, daß auch die USA die Vietnamesen vor einem Angriff auf Thai-Territorium gewarnt hätten.

Außerdem hat China den Thais die Lieferung von 600.000 t Rohöl versprochen - ein Akt, der Radio Hanoi zu einer scharfen Kritik veranlaßte (SWB, 14.7.79).

- we -

#### (6) Die chinesisch-vietnamesischen Verhandlungen: Drei Sitzungen, unzählige Worte, Kompromißlosigkeit

##### 1. Drei Plenarsitzungen

Während es im Juni nur eine Verhandlungsrunde gegeben hatte, fanden im Berichtszeitraum Juli gleich drei Sitzungen statt, und zwar am 5. Juli (7. Plenarsitzung), am 18. Juli (8. Plenarsitzung) und am 30. Juli (9. Plenarsitzung), die allesamt im Rahmen der insgesamt 5. chinesisch-vietnamesischen Verhandlungsrunde stattfanden (Näheres C.a., Mai 1979, S.568 ff.). Die ersten fünf Plenarsitzungen der 5. Runde hatten in Hanoi stattgefunden, die weiteren vier in Peking.



## a) Die 7. Plenarsitzung vom 5.7.1979

Der vietnamesische stellvertretende Außenminister Dinh Nho Liem hielt eine Rede, die an Leidenschaft der seines Vorgängers Phan Hien gleichkam. Ausgangspunkt seines Plädoyers war die chinesische Behauptung, daß der "Hegemonismus" die Crux im chinesisch-vietnamesischen Verhältnis sei. Wer aber nun sei eigentlich der große Hegemonist: Vietnam oder China? Man sehe doch einmal zu:

- Die Chinesen behaupten immer, sie wünschten keinen Zoll fremden Bodens. In Wirklichkeit aber hätten sie Landkarten präsentiert, auf denen riesige Gebiete Vietnams, Laos', Kampuchreas, der Mongolei, Birmas, Thailands, Malaysias, Bhutans, Nepals, Indiens, der Sowjetunion und Japans als chinesisches Gebiet eingetragen sind. U.a. beanspruche China das gesamte Südchinesische Meer bis in die unmittelbare Nachbarschaft Indonesiens, der Philippinen, Malaysias und Vietnams mit allen dort liegenden Inseln und Archipelen. China wolle m.a.W. das gesamte Südchinesische Meer (von Vietnam "Ostmeer" genannt) für sich monopolisieren. Die chinesischen Herrscher hätten 1972 die Republik Indien angegriffen, und ihre Truppen hielten auch heute noch rund 36.000 qkm indischen Territoriums besetzt. 1969 hätten sie die Sowjetunion militärisch provoziert und beschuldigten dieses Land auch des Besitzes von "umstrittenen Gebieten". 1974 habe China Militärtruppen zur Eroberung der vietnamesischen Haong-Sa-(Paracel-) Inseln entsandt. Auch halte China noch über zehn vietnamesische Gebiete entlang der chinesisch-vietnamesischen Grenze besetzt. Dies seien klare Manifestationen einer Politik des territorialen Expansionismus.

- Die "chinesischen Herrscher" beschwören auch immer wieder die "Gleichheit" zwischen den verschiedenen Ländern, versuchten aber in Wirklichkeit, eine Supermacht zu werden, die Länder der Dritten Welt anzuführen und sich selbst zu einem "revolutionären Zentrum" zu erheben.

- Die chinesischen Führer behaupteten, sie mischten sich grundsätzlich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ein. Überall freilich bedienten sie sich "5. Kolonnen", organisierten, bewaffneten und finanzierten Untergrundarmeen, denen vielfach Überseechinesen zugehörten. Der Coup in Indonesien (1965), die verschiedenen Zwischenfälle mit Huaqiao in Indonesien (1959 und 1965/66), in Indien (1962/63) und Birma (1967), die Unterstützung der Aktivitäten bewaffneter Oppositionsgruppen in Birma, Thailand, Malaysia und Afghanistan und ähnliche subversive Aktionen redeten eine deutliche Sprache.

- Die chinesische Führung nehme ferner für sich den Kampf gegen den Imperialismus in Anspruch. In Wirklichkeit freilich sei das Land zur "östlichen NATO" geworden, arbeite überall mit dem Imperialismus zusammen, wende sich gegen die sozialistischen Länder, unterstütze die faschistische Pinochet-Clique, helfe Mobuto und habe sich sogar den persischen Schah zum Freunde machen wollen.

- Am schlimmsten aber treibe es China mit den drei indochinesischen Ländern:

- In Kampuchea habe es schon in den frühen sechziger Jahren die Pol-Pot/Ieng-Sary-Clique mitaufgebaut, die dann später an die Stelle der US-Imperialisten trat und eine Politik des Genozids betrieb. Peking habe der Clique Waffen geliefert und nicht weniger als 20.000 Militärberater gestellt und

sei mitschuldig an der Ermordung von drei Millionen Khmer und der barbarischen Behandlung der verbleibenden vier Millionen.

- Was Vietnam anbelange, so habe China dreißig Jahre lang versucht, das Land geteilt - und damit geschwächt - zu erhalten. 1979 seien nicht weniger als 600.000 Soldaten zu einem Aggressionskrieg gegen Vietnam entsandt worden.

- In Laos schließlich treibe China eine systematische Politik der Subversion und unterstütze u.a. eine sog. "Sozialistische Partei von Laos", unter dessen Schild sich alle möglichen reaktionären Kräfte sammelten.

All diese Fakten bewiesen, daß es nicht Vietnam, sondern vielmehr China sei, das Hegemonismus betreibe.

Angesichts des "expansionistischen Großmacht-Hegemonismus" der "Pekinger Herrscher" seien die drei Völker Indochinas gut beraten, wenn sie noch näher zusammenrückten. Nacheinander hätten sie gegen vier Feinde kämpfen müssen, nämlich zuerst gegen die französischen Imperialisten, dann gegen die japanischen Faschisten, schließlich gegen die US-Imperialisten und heute gegen die chinesischen Expansionisten. Nicht weniger als dreimal hätten die Streitkräfte Vietnams den beiden Nachbarvölkern von Kampuchea und Laos geholfen, nämlich gegen die Franzosen und später gegen die Amerikaner. Jedesmal hätten sie sich nach Beseitigung der Gefahr wieder zurückgezogen. Sobald die chinesische Gefahr vorüber sei, werde Vietnam sich genauso wie früher verhalten und seinen letzten Soldaten aus den Nachbarländern abziehen. Angesichts der gegenwärtigen Lage aber müßten die Truppen bleiben. Ihre Präsenz sei "völlig gerecht und in Einklang mit der UNO-Charta sowie mit den Prinzipien der Blockfreien-Bewegung".

Vietnam sei also durchaus bereit, mit China über das Thema "Antihegemonismus" zu diskutieren, und mache hierfür folgende Vorschläge: Nicht-Expansion, Nicht-Aggression, Nicht-Auferlegung der eigenen Ideologien und Ansichten, Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und Nicht-Vereinigung mit dem Imperialismus und anderen reaktionären Kräften.

Im übrigen sehe Vietnam keinen anderen Weg, als seinen Drei-Punkte-Vorschlag zu wiederholen (Näheres hierzu C.a., April 1979, Ü 15) (VNA in SWB, 7.7.79).

Han Nianlong wies die vietnamesischen Anschuldigungen als "Verleumdungen" zurück und konzentrierte sich vor allem auf zwei Themen, nämlich den "barbarischen" vietnamesischen "Flüchtlingsexport" (Vietnam habe bisher nahezu eine Million Menschen vertrieben, von denen 230.000 von China aufgenommen worden seien) und auf die nochmalige Zurückweisung des Abkommens-Vorschlags der vietnamesischen Seite vom 28. Juni (Näheres C.a., Juni 1979, Ü 14) (XNA, 5.7.79).

## b) Die 8. Plenarsitzung vom 18. Juli 1979

Auch diese Runde endete in einer Sackgasse: Der vietnamesische Vertreter ging zunächst auf die flüchtlingsbezogenen Aussagen seines chinesischen Kollegen ein. Han hatte immer wieder darauf hingewiesen, daß Hauptursache für die Flucht die reaktionäre Politik der vietnamesischen Behörden sei, während Dinh Nho Liem nun im Gegenzug die Amerikaner und die Chinesen gemeinsam dafür verantwortlich



machte: Als sich die Niederlage des früheren südvietnamesischen Regimes abzeichnete, hätten die Amerikaner überall im Land das Märchen von einem bevorstehenden "Blutbad" an die Wand gemalt und Tausende zur Flucht veranlaßt. Als dann im Jahre 1978 die Pol-Pot/Ieng-Sary-Clique ihren Aggressionskrieg an der Südwestgrenze Vietnams begann, hätten die Pekinger Herrscher überall das Gerücht ausgestreut, daß ein "chinesisch-vietnamesischer Krieg in Bälde ausbrechen werde und daß jeder als Verräter betrachtet würde, der nicht rechtzeitig in sein Vaterland zurückkehre". Diese Aussage sei noch bestärkt worden durch den Angriffskrieg vom Februar/März 1979 (VNA in SWB, 20.7.79).

Han Nianlong bezeichnete diese Ausführungen als "Sophisterei" und stellte im übrigen in den Mittelpunkt seiner Ausführungen die chinesische "Opposition gegen den regionalen Hegemonismus" (XNA, 18.7.79).

c) die 9. Plenarsitzung vom 30. Juli 1979

Der vietnamesische Vertreter machte nochmals deutlich, daß sein Land in einer Verteidigungsposition stehe und daß es daher momentan am sinnvollsten sei, über den "Fünf-Nicht"-Vorschlag vom 5. Juli zu diskutieren (VNA in SWB, 1.8.79).

Der chinesische Vertreter wandte sich diesmal vor allem gegen die Ausführungen seines vietnamesischen Kollegen vom 5. Juli, denzufolge China darauf aus sei, Vietnam zu annektieren. Dies sei eine Verdrehung der Tatsachen. Habe China den Vietnamesen nicht im Gegenteil immer geholfen, wenn Not am Mann war? Wörtlich: "Wer eigentlich erkannte als erster die Demokratische Republik Vietnam an? Wer half dem vietnamesischen Volk beim Gewinnen der 'Grenzkampagne' im Jahre 1950? Wer half dem vietnamesischen Volk beim Gewinnen der Schlacht von Dien Bien Phu? Nach der Herstellung des Friedens in Vietnam im Jahre 1954 unterstützte China den sozialistischen Aufbau in Nordvietnam und versorgte Euch mit gewaltigen Mengen von Gütern". Auch später habe China den Vietnamesen immer wieder geholfen. Die "Gebeine von chinesischen Märtyrern liegen zu Tausenden in vietnamesischer Erde... und viele Zehnmilliarden von RMB Yuan wurden Euch gegeben, um den Feind zu besiegen und die Wunden des Krieges zu heilen..." (XNA, 30.7.79). Yang Gongsu, der stellvertretende Leiter der chinesischen Verhandlungsdelegation, führte später aus, daß China über 300.000 Soldaten während des Zweiten Indochina-Krieges zur Hilfe Vietnams entsendet habe und daß Tausende von ihnen durch US-Bomben umgekommen seien. Damit gab China zum ersten Mal offiziell Details zur Beteiligung am Vietnam-Krieg bekannt (SWB, 1.8.79). Han Nianlong wollte dann noch wissen, aus welcher Bestimmung der UN-Charta Vietnam eigentlich sein "Recht" zur Stationierung von Truppen in Kampuchea und Laos ableite. Welches Prinzip der Blockfreien-Bewegung gebe die Rechtfertigung ab? Werde hier nicht eine vietnamesische Version der altbekannten sowjetischen Theorien der "beschränkten Souveränität" und der "internationalen Diktatur" geliefert? (XNA, 30.7.79)

In einer anschließenden Pressekonferenz griff der vietnamesische Vertreter nochmals die Zahlen Yang Gongsus auf und bestritt deren Höhe (VNA in SWB, 1.8.79).

2. Auch die Beschuldigungen des gegenseitigen Grenzübergreifens gingen grammophonartig weiter. Es

ist wenig sinnvoll, hier die Einzelheiten aufzuzählen. Die schwersten Zwischenfälle scheinen sich aber am 8. und am 22. Juli abgespielt zu haben: Das vietnamesische Außenministerium sandte deshalb am 10. Juli eine Protestnote (VNA in SWB, 12.7.79), während das chinesische Außenministerium mit einer Note vom 22. Juli scharf gegen die Tötung und die Verwundung mehrerer chinesischer Einwohner im Kreis Maguan in der Provinz Yunnan protestierte (XNA, 22.7.79).

Beide Seiten beschuldigen sich auch der Kriegsvorbereitung. Peking wies u.a. darauf hin, daß in diesem Jahr jeder Graduierte einer Höheren Schule ein dreimonatiges Militärtraining durchlaufen müsse und daraufhin den Titel "Reserveoffizier" erhalte (XNA, 28.6.79). Vietnam startete inzwischen bereits die dritte Runde der Rekrutierungen im Jahre 1979. Schon 1978 habe es drei große Rekrutierungsphasen gegeben. Institutionen, Schulen, Fabriken und Genossenschaften im ganzen Lande seien aufgefordert worden, die Rekrutierung als zentrale Aufgabe mit Top-Priorität anzuerkennen (XNA, 4.7.79).

Die vietnamesische Seite andererseits will einen systematischen chinesischen Aufmarsch entlang der vietnamesischen Grenzen entdeckt haben. Entlang des Grenzverlaufs stünden z.Zt. zehn Armeekorps, einschließlich zwölf Divisionen. Täglich kämen chinesische Spione und Kommandos über die Grenze, und chinesische Flugzeuge sowie Schiffe dringen in den vietnamesischen Raum ein. Am gefährlichsten sei das chinesische Spiel mit dem Feuer. Der chinesische stellvertretende Ministerpräsident Li Xiannian habe in einem Interview mit dem US-Magazin Newsweek eine "zweite Strafaktion" für durchaus diskutabel gehalten (Radio Hanoi in SWB, 12.7.79). In der Tat hatte Li erklärt, daß die Regierung in Peking eine solche Aktion zwar nicht wünsche, "aber wenn die Sowjets und die Vietnamesen China dazu nötigen sollten, gibt es keinen anderen Weg... Wir wissen, daß unser Gegenangriff im vergangenen Februar den Vietnamesen noch nicht genug Lehre war, weil wir im voraus erklärt hatten, daß der Angriff sowohl im Umfang als auch in der Dauer begrenzt sein werde". Li warf Vietnam auch vor, die Kontrolle über alle südostasiatischen Länder anzustreben. Was Kampuchea angeht, so betonte Li, daß seine Regierung keineswegs mit der von Pol Pot verfolgten Politik in allen Punkten übereinstimme. China gebe ihm jedoch Unterstützung, weil Pol Pot einen Kampf gegen die vietnamesische Aggression führt.

- we -

#### (7) China und die Frage der vietnamesischen Flüchtlinge

Am 20. und 21. Juli fand in Genf eine zweitägige internationale Konferenz über die Indochina-Flüchtlingsfrage statt, die vom UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) einberufen worden war und an der 65 Länder teilnahmen, u.a. auch die Sowjetunion, Vietnam und China. Der chinesische Vertreter hatte bereits drei Wochen vorher an einer Sitzung des Exekutiv-Ausschusses des UNHCR teilgenommen. Dies war die erste Beteiligung Chinas an einer solchen Sitzung seit 1949 (XNA, 29.6.79).

Am Vorabend der Konferenz hatte Peking bereits einige statistische Zahlen herausgegeben: Die Zahl der Flüchtlinge aus Indochina, die in Südostasien auf Aufnahme warten, belaufe sich nunmehr auf 400.000, zu denen auch 200.000 vietnamesische "boat-people"



gehörten. Allein im Juni seien 71.877 Flüchtlinge vom UNHCR registriert worden; 56.941 davon kamen über die See. Bis Juni seien folgende Zahlen von "boat-people" zu verzeichnen: 74.817 jetzt in Malaysia, 59.003 in Hongkong, 42.934 in Indonesien, 9.380 in Thailand, 4.581 auf den Philippinen, 2.833 in Macao und 561 in Japan (XNA, 8.7.79). China selbst habe bis Ende Juni über 240.000 Flüchtlinge aufgenommen, vor allem in den Provinzen Guangdong, Yunnan und Fujian sowie in der Autonomen Region Guangxi. 30.000 von diesen Flüchtlingen hätten nur eine vorübergehende Unterkunft bekommen, und rund 10.000 warteten immer noch in chinesischen Häfen auf eine Unterkunft. Seit 15. März hätten die vietnamesischen Behörden monatlich durchschnittlich 10.800 Personen nach China vertrieben. Von der gesamten Zahl seien 188.000 über die Grenze nach Guangxi gekommen, 33.000 seien an der Küste gelandet. China habe damit eine schwere Last aufgehalst bekommen. Jeder Flüchtling komme die Staatskasse auf 1.800 Yuan zu stehen (XNA, 8.7.79). Bisher habe man bereits 720 Mio. Yuan RMB ausgegeben. Bis 10. Juli war die Zahl der Vietnam-Flüchtlinge in China bereits auf 251.000 angestiegen (XNA, 19.7.79).

Diese Politik der Vertreibung sei nur noch zu vergleichen mit der Judenverfolgung durch Hitler in den dreißiger Jahren, zu der es zahlreiche Parallelen gäbe (XNA, 2.7.79). Die vietnamesischen Behörden überträfen aber selbst noch Hitler, indem sie die neue Methode des "Mordes auf dem Wasser" kreiert hätten. In jedem Fall verstoße dieses Verhalten gegen die am 9. Dezember 1948 von der UNO-Generalversammlung angenommene "Konvention über die Verhinderung und die Bestrafung von Völkermord" (RMRB, 20.7.79).

Die vietnamesische Seite, die ursprünglich versucht hatte, die Einberufung der Genfer Konferenz zu verhindern, erklärte ihre Unschuld und gibt als Gründe für den Flüchtlingsstrom zwei Ursachen an, nämlich zum einen die durch den US-Imperialismus und seine Bombardements verursachte allgemeine wirtschaftliche Not, die viele zur Flucht veranlasse, und zweitens die Flucht-Aufforderung durch Peking. Während der meist kriegerischen vierzig Jahre von 1939 bis 1979 habe es insgesamt drei große Fluchtbewegungen gegeben, nämlich 1954, als die Franzosen und die Amerikaner rund eine Million Menschen, meist Katholiken, zur Flucht nach Südvietnam veranlaßten, um sie dort den Diensten des Diem-Regimes verfügbar zu machen; ferner 1975, als die Amerikaner hastig 150.000 Vietnamesen evakuierten, die nun in aller Welt zur Propaganda gegen Vietnam verwendet würden; und schließlich 1978/79, als die Pekinger Behörden Gerüchte verbreiteten, daß im Falle eines chinesisch-vietnamesischen Krieges jeder Hoa, der im Lande verbleibe, als Verräter betrachtet werde (VNA in SWB, 15.7.79). In diesem Zusammenhang wurde auch eine Reihe von "chinesischen Agenten" verurteilt, die die illegalen Fluchtbewegungen mitorganisiert hätten (VNA in SWB, 25.7.79).

Der chinesische Vertreter bei der Genfer Konferenz, Zhang Wenjin, stellte demgegenüber die Politik der Aggression, Expansion, Kolonisation und des Genozids sowie die Geldgier der vietnamesischen Behörden als Grundursache der Fluchtbewegung hin. Außerdem machte er einen Fünf-Punkte-Vorschlag (XNA, 21.7.79):

- 1. Alle Länder, vor allem die hochentwickelten Staaten, sollten vorübergehend Flüchtlingshilfe gewähren und Flüchtlinge aufnehmen.

- 2. Vietnam müsse allen zurückkehrenden Flüchtlingen wieder Zugang gewähren.
- 3. Schiffe aller Länder sollen verpflichtet werden, Flüchtlinge auf hoher See aufzunehmen und sie in die Transitlager zu bringen.
- 4. Staaten und internationale Organisationen werden aufgerufen, Geldmittel zur Verfügung zu stellen.
- 5. Die vietnamesische Regierung müsse veranlaßt werden, ihre Politik der Vertreibung und Diskriminierung zu ändern.

In einer anschließenden Pressekonferenz gab Zhang noch bekannt, daß 30.000 der in China angekommenen Flüchtlinge ethnische Vietnamesen seien (XNA, 22.7.79).

Hanoi bediene sich der verschiedensten Tricks, um seinen Flüchtlings-Export zu kaschieren: Es führe die Welt mit schönen Worten irre und wälze die Schuld auf andere ab, statt sich an die eigene Brust zu klopfen. Während der Konferenz habe Vietnam eine Zeitlang den Hahn des Flüchtlingsstroms zugekehrt. Wenn die Vietnamesen den Flüchtlingsstrom schon für einige Tage stoppen könnten, dann könnten sie ihn auch ganz abstellen. Von einer sog. "illegalen Auswanderung", wie sie vietnamesischerseits immer wieder behauptet würde, könne keine Rede sein! (XNA, 7.7.79)

- we -

#### (8) Die Lage in Kampuchea

Drei Themen bestimmten die chinesische Propagandapolitik im Berichtszeitraum gegenüber Kampuchea.

1. Von chinesischer Seite war die Nachricht verbreitet worden, daß Vietnam rund 200.000 seiner Bürger veranlaßt habe, sich in Kampuchea niederzulassen. Der Sender der Volksdemokratie Kampuchea, SPK, bezeichnete dies als einen "hinterhältigen Trick der Pekinger Propagandisten", um die Ermordung von drei Millionen Khmer durch die von Peking unterstützte Pol-Pot-Clique in den Hintergrund zu spielen (SWB, 9.7.79).

2. Was die Zahl der vietnamesischen Truppen in Kampuchea anbelangt, so greift Xinhua (20.7.79) auf Angaben des stellvertretenden Generalsekretärs des Nationalen Sicherheitsrats von Thailand, Prasong Soonsiri, zurück, der die Zahl der in Kampuchea befindlichen Truppen Vietnams auf 150.000-170.000 Mann und die vietnamesischen Truppen in Laos auf 50.000 Mann schätzt. Vietnam habe einen Teil der Truppen längs der thailändisch-kampucheanischen Grenze verschoben, um den falschen Eindruck zu erwecken, sie hätten sich aus dem Gebiet zurückgezogen. Vietnam setze zur Unterstützung seiner Bodentruppen in Kampuchea auch MiG-Jäger ein, die vor allem zwischen dem Flughafen Pochentong bei Phnom Penh und dem Gebiet von Siem Reap Aufklärungsflüge unternehmen.

Das Kampuchea-Unternehmen komme Vietnam teuer zu stehen. Obwohl Hanoi täglich über 2 Mio. US\$ sowjetischer Entwicklungshilfe erhalte, sei es in wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten gekommen (XNA, 20.7.79).

3. Xinhua spricht schließlich von einer "sinkenden Kampfmoral der vietnamesischen Aggressionstruppen" (XNA, 21.6.79) und hebt hervor, daß die Vietnamesen inzwischen zur Errichtung sog. "strategischer



Dörfer" übergegangen seien, die ganz im Sinne der früher von den USA geförderten "Strategic Hamlets" für eine Sicherheit der "Bajonette" über die Bevölkerung sorgen sollten, deren Existenz aber gleichzeitig den Widerstand der kampucheanischen Verteidiger deutlich mache (RMRB, 6.7.79).

Die Pol-Pot-Truppen haben durch den Beginn der Regenzeit (Mai/Juni) eine Atempause bekommen. Fast sämtliche Berichte der "Stimme des Demokratischen Kampuchea" sind Kampfberichte, in denen von großen Siegen die Rede ist. Seit Januar wiederholen solche Berichte gebetsmühlenartig immer den gleichen Text, in dem die Stichwörter "belagern", "Hinterhalt legen", "zerstören", "töten", "Niederlage bereiten" sowie die Aufzählung der verschiedenen "Kampffronten" den Roten Faden abgeben. Meist bündelt eine solche Sendung ein Dutzend und mehr Erfolgsberichte von den verschiedenen "Schlachtfeldern" und "Kampffronten". Zuerst die Eingangsfloskel, die sich fast immer wörtlich wiederholt: "Unsere revolutionären Armee- und Guerilla-Einheiten fahren fort, das Banner des Gegenangriffs gegen die vietnamesischen Aggressoren hochzuhalten, greifen sie überall an und vernichten jeden Tag die Feindkräfte." Dann folgen die Frontberichte; zum Beispiel:

- "Kratie-Front": Am 13. Mai lief ein vietnamesischer Militärlaster auf eine Mine im Bereich der Kratie-Snoul-Straße und ging in die Luft. 25 vietnamesische Soldaten fanden dabei den Tod. Am 14. Mai legten unsere Streitkräfte einen Hinterhalt und schossen einen weiteren vietnamesischen LKW auf der Route 7 nahe Phum Svar Chreh ab; der Wagen fing Feuer und ging mit 17 Soldaten an Bord in die Luft.

- Südwest-Front südlich der Route 4: "Töten... verwunden... sprengen... erobern... Beute machen..."  
- Kompong Cham - Kompong-Thom-Front: "Angreifen... verwunden... töten..."

Nachdem die einzelnen Fronten durchgegangen sind, erfolgt das summarische body-counting: "Bei all diesen Zwischenfällen wurden 276 Feindsoldaten getötet, 6 Militär-LKWs vernichtet und 34 Waffeneinheiten der verschiedensten Typen sowie Munition zerstört..." (Stimme des Demokratischen Kampuchea in SWB, 31.5.79).

Es ist traurig, aber wahr: Das Wort "töten" ist nach wie vor die Hauptvokabel des Wortschatzes der Pol-Pot-Propaganda.

Kein Wunder, daß sich auch China von dieser Politik immer deutlicher zu distanzieren beginnt, und zwar nicht nur in dem oben (Vietnam...) erwähnten Newsweek-Interview Li Xiannians, sondern auch in Hongkonger Zeitschriften, die der Pekinger Führung nahe stehen und in denen die Taten Pol Pots und der "Viererbande" auf einen Nenner gebracht werden (Näheres C.a., Juni 1979, Ü 17).

Es ist schwer für Peking, hier auf die Dauer einen glaubhaften und wirklich von Überzeugung getragenen Unterstützungskurs durchzuhalten.

- we -

#### (9) Das "neue Leben" in Laos

Ausschnitte aus einer Pekinger Sendung in Laotisch vom 24. Juli 1979 (SWB, 27.7.79). "Vientiane ist eine ruhige und schöne Stadt. Es gibt Läden und Tempel mitten zwischen Bäumen entlang der Lan-Xang- und der Sam-Senthai-Straße, und der Mekong fließt noch immer durch die Stadt... Doch die

Situation hat sich geändert... In der Stadt sieht man überall Sowjets und Vietnamesen mit Autos herumfahren. Gruppen von vier oder fünf vietnamesischen Ratgebern und Spezialisten sind zu sehen, wie sie die Arbeit im Büro des Premierministers, des Industrie- und Handelsministeriums, des Landwirtschafts- und Forstministeriums, des Verkehrsministeriums und anderer Organisationen anleiten. Es gibt ferner auch Sowjetspezialisten, die im Zivilflug-Departement, auf dem Flughafen, in der Höheren Schule von Vientiane, in der Post- und Telegraphen-Ausbildungsschule und in einigen anderen Stellen die Arbeit leiten. An der Dong-Dok-Lehrerausbildungsstätte sind über zehn Spezialisten angestellt. Gegenwärtig gibt es in Vientiane, einer Stadt mit einer Bevölkerung von nur 130-140.000 Einwohnern, rund 10.000 sowjetische und vietnamesische Ratgeber und Spezialisten, die in Häusern leben, die früher dem amerikanischen Personal gehörten... Die von Sowjets und Vietnamesen gesteuerten Autos wurden von Amerikanern und Franzosen hinterlassen. Die täglichen Kosten für einen Sowjet-Spezialisten liegen bei 8.000 Kip - dies entspricht einem Zwei-Monats-Salär eines gewöhnlichen laotischen Beamten... In Vientiane ist die offizielle Austauschrate zwischen US-Dollar und Lao-Kip 1:400. Auf dem Schwarzmarkt jedoch ist ein Dollar 2.000 Kip wert. Sowjets, die als "ältere Brüder" betrachtet werden, schenken der Anordnung der Lao-Behörden hinsichtlich des Verbots von fremden Währungen in Laos keine Beachtung. Sie nutzen das Gefälle zwischen den beiden Währungen aus, um sich zu bereichern... Das sowjetische Kulturzentrum ist das einzige ausländische Kulturzentrum in Vientiane. Fotoausstellungen und Filmvorführungen werden dort abgehalten. Eine große Zahl von sowjetischen Büchern und Zeitschriften stehen der Öffentlichkeit zur Verfügung. Im größten staatseigenen Buchladen, nahe dem Ministerium für Propaganda, Information, Kultur und Tourismus gibt es Bücher, die nahezu zu 70% in der Sowjetunion publiziert werden. Außerdem gibt es in den Kinos von Vientiane ausschließlich sowjetische Filme... Seit einigen Jahren sind die Ernten in Laos schlecht; Dutzende von mittleren und kleineren Fabriken haben ihre Tore geschlossen, und die meisten Läden haben ebenfalls zugemacht... Die Vielfalt der Güter in den staatseigenen Läden ist zurückgegangen, während es andererseits eine Menge auf den freien Märkten zu kaufen gibt. Dort freilich sind die Preise hoch, und zwar 20-30mal höher als 1975... Eine weitere Änderung in Vientiane seit der Befreiung besteht darin, daß das Volk nun in langen Schlangen anstehen muß, um Reis zu kaufen... Auch herrscht Öl-mangel... Am Abend besteht für die ganze Stadt ab 23 Uhr Ausgangssperre. Überall operieren dann bewaffnete vietnamesische und laotische Soldaten, Polizisten und Spione in zivilen Kleidern... Wegen der politischen Unterdrückung und dem allgemeinen Mangel... fliehen jeden Tag 70-80 Kader und Einwohner aus Vientiane... Das Benehmen der Sowjets und der Vietnamesen ist zum Gegenstand eines weitverbreiteten öffentlichen Unbehagens geworden..."

Wiederholt ist es in der laotischen Propaganda zu der Behauptung gekommen, daß China die aufständischen Meos unterstütze, ja sogar den Chef der früheren Geheimen Meo-Armee, Vang Pao, in Peking empfangen habe. Diese letztere Behauptung wurde von Peking entschieden bestritten; doch kann kein Zweifel daran bestehen, daß die chinesische Führung am Erfolg des antivietnamesischen Kampfes der Meos



Interesse haben muß. So ist es auch gewiß kein Zufall, daß Xinhua neuerdings über das Schicksal der Meos und über die systematische Verfolgungspolitik der Vietnamesen zu berichten beginnt. Xinhua beispielsweise berichtet am 25. Juni, daß vietnamesische Truppen vor kurzem 100 Meos unter der Anschuldigung der "Subversion" getötet hätten. Ein nach Thailand entkommener Meo habe berichtet, daß z.Zt. rund 20.000 seiner Leidensgenossen, hauptsächlich Frauen und Kinder, auf der Flucht nach Thailand seien. Ihre Männer blieben zurück, um gegen die Vietnamesen zu kämpfen.

- we -

## INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

### (10) Erneute Wendung der Aufnahme Chinas ins IOC

Anfang Juli fand in der Hauptstadt Puerto Ricos, San Juan, die Sitzung des Exekutivkomitees des Internationalen Olympischen Komitees statt, bei der u.a. eine Empfehlung zur Lösung der China-Frage abgegeben wurde. Das neunköpfige IOC-Führungsgremium schlägt folgendes vor:

1. Die Anerkennung des Olympischen Komitees mit Sitz in Peking unter dem Namen "Chinesisches Olympisches Komitee" zu bestätigen.
2. Die Anerkennung des Olympischen Komitees mit Sitz in Taipei unter dem Namen "Chinesisches Olympisches Komitee Taipei" unter der Bedingung aufrechtzuerhalten, daß es eine Hymne und eine Flagge annimmt, die sich von den bisherigen unterscheiden.

Vertreter der VR China bei der Sitzung bezeichneten diese Empfehlung als "positive Entscheidung", die allerdings noch einer eingehenden Prüfung unterzogen werden müsse. In der Tat hatte die IOC-Spitze mit dieser Empfehlung den entsprechenden Kompromißvorschlag Pekings positiv beantwortet.

Drei Möglichkeiten zeichnen sich nunmehr ab:

- Peking und Taipei sprechen sich gegen die Kompromißformel aus. In diesem Fall müßte die IOC-Exekutive eine neue Empfehlung formulieren.
- Peking und Taipei akzeptieren das Angebot. Die Abstimmung der 89 IOC-Mitglieder wäre dann nur noch Formsache.
- Nur eine der beiden chinesischen Seiten stimmt zu - mit der Folge, daß die IOC-Mitglieder gezwungen würden, Partei zu ergreifen und die Frage durch Abstimmung zu entscheiden. Vermutlich wird Peking den neuen Vorschlag, der ja seinen Vorstellungen entspricht, annehmen, während Taipei ihn ablehnen dürfte.

Ob die Mehrheit der IOC-Mitglieder dann für die Pekinger Version stimmt, ist immer noch ungeklärt.

Damit steht hinter der Frage, ob die VR China bei den Olympischen Spielen 1980 in Lake Placid und in Moskau teilnehmen wird, immer noch ein großes Fragezeichen.

Freilich setzt sich die Volksrepublik immer mehr

durch. Dies zeigte sich z.B. in einem anderen Sportverband, nämlich bei den Bogenschützen. Zwei Tage vor dem Beginn der 30. Weltmeisterschaften im Bogenschießen in Berlin wurde die Volksrepublik Anfang Juli in den Internationalen Bogenschützen-Verband (Fita) mit einer Stimmenmehrheit von 32:15 aufgenommen. Gleichzeitig sollte Taiwan jedoch Mitglied bleiben.

- we -

### (11) Solidarität der ASEAN-Staaten in der Indochina-Frage

Vom 28.-30. Juni fand auf Bali die 12. ASEAN-Außenminister-Konferenz statt, die mit einem Kommuniqué zu Ende ging, das

- a) zu einer Bekundung der allgemeinen Solidarität für Thailand wurde,
- b) die "ausländischen Streitkräfte" aufforderte, sich aus Kampuchea zurückzuziehen und
- c) Vietnam aufforderte, seinen Flüchtlings-Export zu beenden (XNA, 2.7.79).

Peking nahm nicht nur diese Solidaritätserklärung mit Wohlwollen auf, sondern spendete auch anderen Manifestationen der Gemeinsamkeit, z.B. den Plänen, gemeinsam die Energiekrise anzugehen, Beifall (XNA, 1.7.79).

Hanoi reagierte zweifach:

- Es reagierte mit einem VNA-Artikel, der den ASEAN-Staaten vorwarf, den falschen Verursacher für die Spannungen in China zu nennen: Nicht Vietnam, sondern die "Imperialisten" in Peking seien an den Spannungen und am Flüchtlingsstrom schuld (SWB, 4.7.79).

- Es entsandte einen Sonderboten, Mai Van Bo, nach Jakarta, um die Haltung der ASEAN-Staaten zur Flüchtlingsfrage zu beeinflussen, fand dort jedoch kein Gehör (SWB, 6.7.79).

- we -

### (12) Wer ist schuld an der "Ölkrise"?

Ein Xinhua-Kommentator (XNA, 21.7.79) bezeichnet den Vorwurf gegen die dreizehn OPEC-Staaten, sie seien für die "zweite Ölkrise" verantwortlich, als "unfair"; vielmehr handele es sich hier um eine künstliche Krise, die von den Politikern in den internationalen Ölkapitalen sowohl der Vereinigten Staaten wie Europas erzeugt worden sei. Hier und nur hier liege die Quelle des Problems. Der 68-Tage-Ausfall der iranischen Erzeugung sei z.T. wieder durch saudiarabische Mehrförderungen ausgeglichen worden. Angebot und Nachfrage hätten sich immer noch einigermaßen die Waage gehalten. Trotzdem hätten die westlichen Ölkompagnien ihre Lieferungen um 10-15% zurückgenommen und dadurch eine Öl-hysterie erzeugt, die die Preise nach oben schießen und die Profite der Monopolisten steigen ließen.

Vor Beginn der "zweiten Ölkrise" habe der Ölpreis am Markt bei 20 US\$ pro Barrel gelegen - also 70% höher als der Preis, wie er von den OPEC-Ländern festgelegt wurde. Mit Beginn der Krise stieg der Barrel-Preis auf 25-30 US\$. Die EXXON habe im 1. Vierteljahr 1979 960 Mio.US\$ Gewinn gemacht (=+37,4% verglichen mit der gleichen Periode des Vorjahres).

Die OPEC sei an dieser Entwicklung unschuldig



gewesen. Sie habe die Ölpreise 1977 und 1978 eingefroren und habe erst zum Mittel der Preiskorrektur gegriffen, nachdem der Dollar rapide an Wert verlor.

Schuld sei aber nicht nur die Profitgier der Öl-Multis, sondern auch die "sowjetische Ölstrategie". Der Griff Moskaus nach der "Lebenslinie" der Ölversorgung im Persischen Golf habe die westlichen Staaten dazu veranlaßt, ihre Ölvorräte noch mehr zu steigern, habe also eine stärkere Nachfrage erzeugt.

- we -

### (13) China und der "Tokio-Gipfel"

Am 28./29. Juni trafen sich die Staats- und Regierungsführer von sieben westlichen Staaten in Tokio, um über die Energie-Frage zu diskutieren. Die chinesische Propaganda (BRU 1979, Nr.28, S.29) beurteilt die Wirksamkeit der dort gefaßten Energie-Beschlüsse skeptisch, freut sich aber andererseits über die positive Stellungnahme zur Frage der Indochina-Flüchtlinge sowie über die Aufforderung an Vietnam, den Flüchtlings-Exodus schnellstmöglich zu beenden. Seit 1974 hätten stets nur wirtschaftliche Themen die Konferenz der westlichen Staatsführer beherrscht. Endlich habe man sich nun auch einmal zu einer "derartigen Stellungnahme" durchgerungen.

Was der Bericht nicht erwähnt, ist die in westlichen Medien kursierende Vermutung, daß die Vertreter untereinander auch eine geheime Abmachung zur Vermeidung übertriebener Konkurrenz im China-Handel getroffen hätten. Vor allem japanische Zeitungen hatten angedeutet, daß die sieben Staaten ihre unterschiedlichen Kredit-Konditionen im China-Handel auf einen möglichst gemeinsamen Nenner bringen wollten. Vor allem die japanische Wirtschaft sei in Verdacht geraten, die erst im Frühjahr 1979 in Paris angepaßten Export-Kreditbedingungen der OECD zu unterbieten.

- we -

## AUSLÄNDER UND DIE VR CHINA

### (14) Einrichtung eines Zentrums für Überseechinesen in Peking

Bei der Sitzung des Nationalkomitees der Politischen Konsultativkonferenz am 3. Juli in Peking beschlossen die Mitglieder des Ständigen Komitees der Allchinesischen Überseechinesenföderation, den alten Plan eines Huaqiao-Zentrums in Peking neu in Angriff zu nehmen. Schon 1960 hatte ein reicher Auslandschinese, Chen Jiageng, der frühere Vorsitzende der Allchinesischen Überseechinesenföderation, den Bau eines Überseechinesenmuseums in Peking vorgeschlagen und hatte dafür als erster 500.000 Yuan RMB gestiftet. Das Projekt wurde von Zhou Enlai gebilligt, wurde dann später allerdings beiseite gelegt - wie nicht anders zu erwarten, wegen der Machenschaften Lin Biaos und der Viererbande.

Das Zentrum soll nun endgültig in Angriff genommen werden. Außerdem soll Material über die Geschichte der Überseechinesen zusammengetragen und eine Bibliothek errichtet werden (XNA, 3.7.79).

- we -

### (15) Ausländer in China: Die Schlägereien am Textilinstitut - ein Ausdruck der Frustration vieler ausländischer Studenten?

Am 3. Juli kam es gegen 23 Uhr am Schanghaier Institut für das Textilingenieurwesen zu schweren Zusammenstößen zwischen chinesischen und ausländischen Studenten. Den Anlaß bildete eine Lappalie. Chinesische Studenten, die sich auf ihre Prüfungen vorbereiteten, fühlten sich durch die laute Radiomusik afrikanischer Studenten, die aus dem benachbarten Wohnheim drang, gestört und forderten sie deshalb auf, die Musik leiser zu stellen. Ein ausländischer Student soll daraufhin - so die Darstellung des offiziellen Xinhua-Berichts (XNA, 25.7.79) - die Musik aus Trotz noch lauter aufgedreht haben, worauf es auf beiden Seiten zum Austausch von Schmähd- und Schimpfworten kam. Zwei Institutsmitglieder, die die Gemüter beruhigen wollten, wurden niedergeschlagen, und in der sich daraufhin anbahnenden Auseinandersetzung zwischen einer wachsenden Zahl von aufgebrauchten Neugierigen erhielt ein chinesischer Student zwei Messerstiche in den Rücken.

Daraufhin kam es am folgenden Morgen zur Demonstration Hunderter von chinesischen Studenten auf dem Institutsgelände, die forderten, daß der Messerstecher bestraft werde. Einige ausländische Studenten zerrissen die von den Demonstranten mitgeführten Spruchbänder, woraufhin es abermals zu Schlägereien kam.

Daraufhin entsandte die Stadt Polizeieinheiten, um die chinesischen Studenten daran zu hindern, das Wohnheim der ausländischen Studenten anzugreifen. Zwei Tage später, am 5. Juli um 9 Uhr, wurden die meisten ausländischen Studenten evakuiert und in das Hotel Jingshan gebracht.

Insgesamt wurden bei den Vorfällen 19 ausländische und 24 chinesische Studenten verletzt.

Schließlich wurden nicht weniger als 13 ausländische Botschaften zur Vermittlung eingeschaltet, so daß der durch die Schlägereien ins Wasser geworfene Stein schließlich ziemlich weite Ringe zog. Xinhua gab die Meldung erst 22 Tage nach dem Beginn der Unruhen heraus. TASS sieht darin einen Beweis, daß die Chinesen andere Völker, vor allem die Afrikaner, als "niedere Rassen" betrachten, daß sie die "Repressionen gegenüber den Studenten aus Entwicklungsländern verschweigen wollten" und daß es offensichtlich nicht zum ersten Mal sei, daß chinesische "Rowdies" afrikanische und asiatische Studenten "zusammenschlugen" und ihnen "eine Lektion erteilten" (zit. nach BPA/Ostinfo, 27.7.79).

In den Tagen nach dem Zwischenfall gingen in Peking etwa hundert afrikanische Studenten auf die Straße und demonstrierten gegen die angebliche "Rassendiskriminierung in China". Nacheinander zogen sie vor die Missionen Marokkos, Sierra Leones und Ruandas. Als der Botschafter Ruandas sich weigerte, sie zu empfangen, veranstalteten sie vor seiner Residenz ein Sit-in. Die ausländischen Studenten hatten eine etwas andere Version als Xinhua: Ihre Kommilitonen sollen ihnen zugerufen haben: "Schwarze Teufel, hört mit Eurer Musik auf!" Außerdem habe die Polizei tatenlos zugesehen, wie die Ausländer z.T. mit Eisenstangen zusammengeschlagen und mit Mauersteinen beworfen worden seien.

Die eigentlichen Ursachen für die hinter dem Vorfall stehenden Emotionen sind vielschichtig: Auf chinesischer Seite spielt hier offensichtlich das für chinesische Studenten ungewöhnlich spontane Verhalten, vor allem der Afrikaner, eine Rolle, die z.B. ohne



Skrupel entgegen allen Landesbräuchen Mädchen auf offener Straße ansprechen, die manchmal betrunken sind (so IHT, 28.7.79), die während der heißen Mittagszeit, in der die Chinesen ihr Xiuxi (Ausruhen) pflegen, im Schatten der Bäume ihre Kassettenrecorder voll aufdrehen und die im übrigen wegen ihrer angeblich hohen Stipendien beneidet werden.

Auf der anderen Seite fühlen sich die ausländischen Studenten, vor allem aus Afrika, durch die generelle Isolierung, die ihrem spontanen Lebenswandel wenig entgegenkommt, vereinsamt und ausgestoßen. Sie neigen zu Trotzreaktionen und fühlen das Bedürfnis, sich irgendwie Luft zu machen und aus dem Ghetto-Dasein auszubrechen. In der Tat handelt es sich hier um ein Problem, das nicht nur die Studenten, sondern praktisch jeden Ausländer in Peking bedrückt. Nur während des kurzen Pekinger Frühlings zu Beginn des Jahres 1979 wurde die große Mauer zwischen Ausländern und Bevölkerung vorübergehend um ein kleines Stück abgebaut. Die Pekinger Behörden neigen zwar dazu, Hongkong und Tokio als Vorbild für hohe Preise anzusehen, wollen aber andererseits von den Freiheiten, die dort selbstverständlich sind, im eigenen Bereich nichts wissen. Hier wird sich auf längere Sicht ein Wandel vollziehen müssen. Man kann nicht auf der einen Seite kosmopolitische Gestik zeigen, Tausende von Studenten ins Ausland schicken und Hunderte von Delegationen ausschwärmen lassen, die die Freiheiten und Privilegien des Gastlandes wie selbstverständlich in Anspruch nehmen, zuhause aber eine Ghetto-Politik betreiben.

Der Ausbruch der Unruhen in Schanghai ist vielleicht dazu angetan, die chinesischen Behörden, zumindest aber die Behörden in der Hauptstadt etwas nachdenklicher werden zu lassen. Kurzfristig hat man allerdings eine etwas andere Konsequenz gezogen. Die Studenten am Schanghaier Textilinstitut und an anderen Schulen sollen künftig nämlich eine bessere Ausbildung in Internationalismus und Disziplin erhalten (XNA, 25.7.79). Wahrscheinlich wird dabei auch die Frage des "Rassismus" unter die Lupe genommen.

Ein Student aus Mali gab an, ein chinesischer Kommilitone habe schwarze Tinte über ihn geschüttet, da "seine Haut noch zu hell" sei (AFP in SWB, 21.7.79).

Der ganze Vorfall ist umso peinlicher, als unter den betroffenen ausländischen Studenten die Angehörigen solcher Länder standen, mit denen China offiziell beste Beziehungen unterhält, nämlich Sri Lanka, Nepal, Pakistan, Südjemen, Sudan, Burundi, Mauretanien, Senegal, Kongo und Zaire. Die meisten der Dritte-Welt-Studenten in Schanghai haben inzwischen ihre Absicht erklärt, China zu verlassen, da sie sich "nicht länger hier sicher fühlten". Unverkennbar sei der chinesische Rassismus, der zwar offiziell geleugnet werde, der sich aber in häufigen Ausdrücken wie "schwarze Teufel" und überhaupt im Gesamtverhalten der Chinesen gegenüber den Dritte-Welt-Studenten äußere (SWB, 12.7.79).

- we -

#### (16) In diesem Jahr 120.000 Touristen in China erwartet

Nach 100.000 ausländischen Besuchern im Jahre 1978 werden für dieses Jahr 120.000 Touristen in der Volksrepublik erwartet. Nach Angaben des staatlichen chinesischen Reisebüros Lüxingshe kann diese Zahl bis 1981 auf 300.000 anwachsen. Zusätzlich wird auch

eine Zunahme der Besuche von Auslandschinesen erwartet, von denen 1978 300.000 die Volksrepublik besuchten.

Größter Engpaß bei der Entwicklung des Tourismus als wichtigem Devisenbringer für China ist die begrenzte Hotelkapazität - sowohl was die Anzahl der verfügbaren Räumlichkeiten als auch deren Qualität betrifft. Inzwischen wurden Reisegruppen schon mehrfach in Städte umgeleitet, die bislang noch nicht für den Tourismus geöffnet waren, wenn in Peking oder den großen Ostküstenstädten die Räumlichkeiten knapp wurden. Eine amerikanische Gruppe kam auf diese Weise in die mittelchinesische Industriestadt Lanzhou.

Die chinesische Touristikorganisation bemüht sich, dem ausländischen Besucher auch bisher für ihn unzugängliche Regionen zu erschließen und die ausgetretenen Pfade üblicher Chinareisen zu verlassen. Xinjiang (Sinkiang), in diesem Jahr dem Tourismus geöffnet, wurde bislang von 500 Touristen besucht, deren Zahl bis zum Jahresende auf 2.000 anwachsen könnte. Insgesamt sind 100 Gebiete für ausländische Reisende zugänglich, von denen die Hälfte in den letzten zwei Jahren geöffnet wurde. Zur Zeit wird daran gearbeitet, die südchinesische Insel Hainan für den Tourismus freizugeben. Auch die Öffnung Tibets steht zur Diskussion.

Über die hohen Preise ist das chinesische Reisebüro allerdings zunehmend besorgt, da hierdurch die Tourismusanstrengungen des Landes langfristig geschädigt werden könnten. In Peking wird deshalb zur Zeit ein Senken der allgemeinen Reisepreise diskutiert. Die Chinesen äußern ihre Sorge über das Gebaren ausländischer Reiseveranstalter, die die ihnen zugewiesenen Reisen gegenüber den chinesischen Preisen verdoppeln oder verdreifachen oder die Quoten an kleine Reisebüros profitabel weiterverkaufen. Vielleicht ist deshalb als Gegenmaßnahme bald mit eigenen Niederlassungen des chinesischen Reisebüros im Ausland zu rechnen (AWSJ, 13.7.79).

- ga -

### INNENPOLITIK

#### (17) Strengere Maßnahmen gegen "zurückgekehrte" Studenten

Der städtische Parteiausschuß und die Regierung der Industriestadt Shenyang haben am 11. Juli 1979 ein "Notzirkular" herausgegeben, in dem gefordert wird, daß die Parteiausschüsse aller Ebenen und die verschiedenen Administrativ-Organen ab sofort Maßnahmen ergreifen müßten, um die früher aufs Land geschickten, dann aber illegal zurückgekehrten Jugendlichen wieder an ihrem ländlichen Bestimmungsort anzusiedeln. Wörtlich heißt es in dem Zirkular: "Gebildete Jugendliche, die auf dem Lande arbeiten und die zu ihren Jugendzentren zurückkehren sollten, und Abgänger von Mittelschulen, die für eine Arbeit auf dem Lande abgestellt worden sind, müssen bis Ende Juli d.J. alle aufs Land gegangen sein. Mittelschüler, die in diesem Jahr die Schule abgeschlossen haben und für die Arbeit auf dem Lande bestimmt sind, müssen bis Ende September an ihrem ländlichen Bestimmungsort angelangt sein... Keine Einheit darf solchen Jugendlichen Stellen einrichten - nicht einmal einstweilige Stellen... Soweit solchen